



TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aussprache zum Leitantrag

Titel: Änderungsantrag zu Ia-01 - Gesundheit schützen, Lebensqualität erhalten - Klimaschutz entschlossen vorantreiben

Änderungsantrag zum Beschlussantrag

Von: Dr. Florian Gerheuser als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Dirk Altrichter als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Mirko Barone als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Lydia Berendes als Abgeordnete der Ärztekammer Nordrhein
Prof. Dr. Stephan Böse-O'Reilly als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Hans-Ulrich Braun als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Karl Breu als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Georg Deichhardt als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Alexander Fuchs als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Jürgen Gatter als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Melanie Kretschmar als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Heidemarie Lux als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Robin T. Maitra, M.P.H. als Abgeordneter der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Melanie Rubenbauer als Abgeordnete der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Andreas Schießl als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Anne Schluck als Abgeordnete der Ärztekammer Schleswig-Holstein
Dr. Christian Schwark als Abgeordneter der Landesärztekammer Hessen
Dr. Christine Schwill als Abgeordnete der Ärztekammer Schleswig-Holstein
Dr. Jan Henrik Sperling als Abgeordneter der Bayerischen Landesärztekammer
Dr. Katharina Thiede als Abgeordnete der Ärztekammer Berlin
Prof. Dr. Andreas Umgelter als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin
Julian Veelken als Abgeordneter der Ärztekammer Berlin

ANGENOMMEN

Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 bittet den Vorstand der Bundesärztekammer, den zweiten Absatz des Unterpunktes "Resilienz und Krisenvorsorge stärken, Klimaschutz weiter vorantreiben" (Seite 6) des Leitantrags zum TOP Ia wie folgt umzuformulieren:

"Der 130. Deutsche Ärztetag 2026 stellt zudem klar, dass der Klimawandel die größte Bedrohung für die Gesundheit und Zukunft der Menschheit ist. Er fordert die Bundesregierung daher erneut und nachdrücklich dazu auf, dieser Gefahr zum Schutz der

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 114

Stimmen Nein: 104

Enthaltungen: 9

Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger entschlossener entgegenzuwirken, indem sie die Verbrennung fossiler Energieträger zeitnah beendet. Dazu gehören der Wegfall von Subventionen für deren Nutzung, die zeitnahe Dekarbonisierung des Verkehrs sowie der Energieversorgung und der Verzicht auf den Ausbau fossiler Infrastrukturen, indem bereits heute verfügbare emissionsfreie Energieträger (v. a. Photovoltaik, Windkraft) mit dazugehörigen Netz- und Speicherkapazitäten massiv ausgebaut werden. Der unvermeidlich mit Belastungen einhergehende Wandel muss sozial verträglich gestaltet werden. Prävention und Aufklärung zu klimainduzierten Gesundheitsrisiken sind auszubauen. Zudem benötigt Deutschland verbindliche Hitzeschutzpläne und ein bundesweites Hitzealarmsystem sowie ein systematisches Monitoring klimabedingter Erkrankungen und Gesundheitsrisiken."

Begründung:

Die globale Erwärmung wird voraussichtlich bereits Anfang der 2030er Jahre über 1,5 °C steigen (1). Damit bleibt deutlich weniger Zeit, dieses auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnis als völkerrechtlich verpflichtend definiertes Ziel zu erreichen als bisher erwartet. Die aktuellen Vorgaben des deutschen Klimaschutzgesetzes, die die Treibhausgasneutralität bis 2045 anstreben, sind in diesem Kontext als völlig unzureichend anzusehen - die aktuelle Politik ist noch nicht einmal geeignet, das 2045-Ziel zu erreichen.

Die deletären Auswirkungen der Überschreitung des 1,5°-Zieles wurden auch von Deutschen Ärztetagen mehrfach thematisiert, sind wissenschaftlicher Konsens und werden daher hier nur in wenigen Stichworten in Erinnerung gerufen: Extremwetterereignisse (Dürre, Überschwemmungen, Stürme), Übersterblichkeit in Hitzephasen, gesundheitliche Belastung nicht nur vulnerabler Gruppen, Ernteauffälle, Hunger und Wassermangel mit Unbewohnbarkeit zunehmender Teile jetzt besiedelter Regionen, in der Folge globale Fluchtbewegungen und soziale Unruhen.

Folgerichtig hat sich auch die Bundesärztekammer jüngst anlässlich der gerade vergangenen "First Conference on Transitioning Away from Fossil Fuels" in Santa Marta, Kolumbien, dezidiert für die rasche Beendigung der Verbrennung fossiler Energieträger ausgesprochen (2).

Angesichts dieser Lage scheint es geboten, dem Klimaschutz, der eigentlich als Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu bezeichnen wäre, im Leitantrag des Vorstands der Bundesärztekammer zum 130. Deutschen Ärztetag mehr Gewicht zu geben.

(1) Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) wurde als sachkundiger Dritter vom Bundesverfassungsgericht, das gerade mehrere Umweltklagen bearbeitet, um Stellungnahme gebeten. Der SRU befasste sich unter anderem mit dem CO²-Budget und aktualisierte seine Budgetberechnung auf den Stand von 2025: "Die aktualisierte

Berechnung bestätigt, dass das verbleibende deutsche Budget rasch schrumpft bzw. für die Temperaturobergrenze von 1,5 °C sogar schon verbraucht ist. Das Budget für maximal 1,75 °C Erwärmung (mit 67 Prozent Wahrscheinlichkeit einer Nicht-Überschreitung) ist zwar aktuell noch nicht erschöpft, wird jedoch bei linearer Emissionsreduktion im Jahr 2033 aufgebraucht sein." (Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen zu den Verfassungsbeschwerden 1 BvR 1699/24, 1 BvR 2098/24 und 1 BvR 2113/24 sowie 1 BvR 2240/24, 15.10.2025, https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2024_2028/2025_10_BVerfG.html)

Die Stiftung Wissenschaft und Politik konstatiert: "Eine Rückkehr zu 1,5 °C vor Ende des 21. Jahrhunderts würde zwar nicht alle Schäden verhindern, die in einer Phase überhöhter Temperaturen entstehen. Doch verglichen mit einer dauerhaften Erwärmung über 1,5 °C würde sie die Risiken verringern. Um Ausmaß und Dauer des "Overshoot", also der Phase oberhalb der 1,5°C-Linie, sowie die damit einhergehenden Klimarisiken zu begrenzen, sind verstärkte Klimaschutzmaßnahmen dringend erforderlich."

(2) <https://www.bundesaerztekammer.de/presse/aktuelles/detail/santa-marta-akteure-aus-dem-gesundheitswesen-fordern-staerkere-deutsche-unterstuetzung-fuer-den-ausstieg-aus-fossilen-energien>